



PRESSEINFORMATION

Wiesbaden: 23.05.2003

Bauministerkonferenz für Einbeziehung der Wohnimmobilie in Riester-Förderung Vereinfachung des Wohngeldrechtes gefordert

Die Bauministerkonferenz der Länder hat sich unter Vorsitz des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Dr. Alois Rhiel, am Freitag in Wiesbaden dafür ausgesprochen, dass Wohnungseigentum gleichberechtigt in die Förderung der Riesterrente aufgenommen werden soll. Die Wohnimmobilie stelle eine wichtige Form der Altersabsicherung und –vorsorge dar. Deshalb fordern die Bauminister die Bundesregierung auf, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Eigenheimförderung und die Förderung der privaten Altersvorsorge besser miteinander verzahnt werden könnten. Damit richten sich die Bauminister gegen den Vorschlag der Rürup-Kommission, das so genannte Entnahmemodell aus der Riesterförderung zu streichen. Wie die Bauminister hervor hoben, soll es dem Bürger vorbehalten sein, für welche Form der Alterssicherung er sich entscheide.

Als Folge der anstehenden Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei mit erhöhten Ansprüchen auf Wohngeld zu rechnen, da die Zusammenlegung insgesamt zu einer Absenkung der Leistungen führen werde. Deshalb fordern die Länder den Bund auf, die finanzielle Mehrbelastung für die Länder auszugleichen. Außerdem sehen die Länder das Problem, dass das Wohngeldrecht zu sehr aufwändigen Verwaltungsverfahren führe. Für die Länder sowie die Gemeinden sei mit zunehmenden Vollzugsproblemen zu rechnen. Für die Erarbeitung von Lösungen ist eine Bund-Länder-Kommission eingerichtet worden.

Die vom Bund bereitgestellten zusätzlichen Fördermittel für kommunale Infrastrukturmaßnahmen in Form von zinsverbilligten KfW-Krediten im Gesamtrahmen von 15 Milliarden Euro begrüßen die Bauminister grundsätzlich. Kritik übten sie daran, dass viele Gemeinden vor allem in den strukturschwachen Regionen nicht in der Lage seien, zusätzliche Kredite aufzunehmen und daher das Programm nicht nutzen könnten. Die Bauminister forderten den Bund zu einer zielgenaueren Ausgestaltung des Programms und eine Abstimmung mit bestehenden Länderprogrammen auf, um Fehlförderung zu vermeiden.